

Klausurtagung

26.-28.09.2003, Gotha



FDP Thüringen
Pressestelle

Verbandsmitteilung

Ergebnisse in Fakten.

Ziel. Zur Klausurtagung sollten die entscheidenden Vorarbeiten zur Vorbereitung des Wahljahres 2004 besprochen und beschlossen werden. Die Diskussionen betrafen die Bereiche des strategischen Vorgehens, der personellen Aufstellungen und der programmatischen Inhalte. Eine klare Terminfestlegung wird die Umsetzung der Beschlüsse realisieren.

Teilnehmer. Landesvorstand (Volker Weber, Dr. Jürgen Bohn aus terminlichen Gründen Freitag), Leiter der Landesfachausschüsse (Samstag), Kreisvorsitzende (Sonntag), Mitarbeiter

Ergebnisse.

- Strategiekonzept.
 - o Die Probleme des Freistaats sind ebenso groß, wie seine Chancen. Die hinter den Thüringer Problemen stehenden Parteien in Bund und Land werden klar und deutlich für ihre Fehler verantwortlich gemacht. Allerdings wird die FDP nicht prinzipiell *gegen* politische Forderungen sein, sondern *für* politische Ansätze. Die FDP wird Lösungen für Probleme geben und nicht nur Probleme selbst benennen.
 - o Thüringen kann und muss die Chancen nutzen, indem es den Weg der Hilfe durch Selbsthilfe auf dem Weg zu einem größeren Europa beschreiten wird.
 - o Aus diesen Hintergründen wählt die FDP den Wahlkampfslogan **Ja für Thüringen**.
 - o Um die Probleme und Potentiale Thüringens zu verdeutlichen, setzt die FDP auf die Unterschriften **Arbeit für Thüringen, Bildung für Thüringen, Zukunft in Thüringen**. An diesen Unterüberschriften wird die programmatische Ausrichtung deutlich.
 - o Weitere strategische Vorbereitungen, insbesondere in Sachen Wähleranalyse, Terminliste, strategische Umsetzungen usw., wurden besprochen.
-

- Programmkonzept:
 - o **Allgemein.**
 - Die nachfolgenden Punkte wurden diskutiert und werden in das Wahlprogramm einfließen.
 - Politische Probleme werden von der FDP klar benannt und mit Lösungen versehen werden. Diese Probleme müssen vom Freistaat zunächst aus alleiniger Kraft angegangen werden. Hoffendes Blicken auf Berlin und Brüssel nutzen ebenso wenig, wie die Verschiebung für die Gründe der Probleme Thüringens auf nächst höhere Ebene.
 - Die Potentiale durch seine Lage, seine Infrastruktur, die Bevölkerung und den kulturellen Hintergrund sind Standortvorteile. Die Potentiale müssen richtig genutzt werden.
 - Die FDP wird mit einem positiven Programm in die Wahlen gehen. Allgemeines „Nein-Sagen“ oder Zerreden von Konzepten trägt die FDP nicht mit. Diese Grundausstrahlung wird das Programm haben. Als Zielgruppe für die gilt der aktive, eigeninitiative und verantwortungsbereite Thüringer.
-

- o **Arbeit für Thüringen**

- Konkurrenzkampf wird weiter internationalisiert. Zugriff und Abruf von Waren und Dienstleistungen wird im deutschen und europäischen Wirtschaftsraum immer leichter. Thüringen muss wettbewerbsfähig werden. Nur dies sichert Arbeitsplätze. Deshalb:
 - Deregulierung am Arbeitsmarkt und Stärkung der Attraktivität der Wirtschafts- und Wissenschaftsstandorte aber auch zur Stützung der ansässigen Hochtechnologie.
 - Effektiver Bürokratieabbau sichert niedrigere Lohnnebenkosten und schnellere Verwaltungsverfahren.
 - Pilotprojekte wie Sonderwirtschaftszone sind die Umsetzung der Deregulierungsforderung.
 - Verstärkte Konzentration auf Hochtechnologie und Forschung.
 - Deregulierung im Verwaltungsverfahren. Um ansässige Wirtschaft zu halten und neue Gewerbe hinzuzugewinnen, müssen bürokratische Regelungen abgebaut werden, Standards und Normen sind zu überprüfen, Gesetze mit Haltbarkeitsdatum zu versehen.
 - Investoren brauchen eine zentrale Anlaufstelle. Wer in Thüringen investieren will, darf nicht mit immensen Verfahrensfluten bestraft werden. Der Staat muss sich hierbei als Serviceagentur für den Investor und die Bürger verstehen.
 - Der Aufbau wirtschaftlicher Beziehungen durch Kontaktbüros der Wirtschaft selbst ist erfolversprechender, als durch Behörden des Freistaates. Dies macht es den Betrieben einfacher und ist für den Freistaat billiger.
 - Landesregierung und Verwaltung haben in diesem Zusammenhang den Auftrag, für ein positives politisches Klima zu sorgen und die Werbung für den Freistaat als Investitionsstandort zu organisieren. Dazu gehört zwingend die Standortvorsorge.
 - Die Fördermittelvergabe muss drastisch vereinfacht und gebündelt werden. Industrie, Mittelstand aber auch Bürger müssen Überblick und Orientierung über ihre Fördermöglichkeiten haben. Der Förderdschungel muss deshalb transparent werden. Zehn Förderprogramme müssen reichen.
 - Thüringen muss seine Chance nutzen und die wichtigste Verbindungsachse der künftigen Europäischen Union werden. Das Ziel muss es sein: Aus der Mitte-Deutschlandverbindung eine Mitte-Europaverbindung zu machen. Vor allem in den grenznahen Gebieten ist die Verkehrsinfrastruktur auf die sich verändernden Verkehrsströme nach der Osterweiterung auszurichten. Deshalb ist Verkehrsinfrastruktur weiter auszubauen.

Thüringen muss aufgrund seiner geographischen Lage, seiner Kultur und Infrastruktur attraktiver werden als andere Länder.

o **Bildung für Thüringen**

- Bildungspolitik ist Standortpolitik. Bildung und Wirtschaft stehen in einem Wechselspiel. Produktive Wirtschaft benötigt gut ausgebildete Absolventen. Schüler und Studenten legen damit den Grundstein für erfolgreiche Wirtschaft. Eine erfolgreiche Wirtschaft wiederum bietet Grundlagen für ein gut funktionierendes Bildungssystem. Bildung, Wissenschaft und Forschung sind die Zukunftsthemen für Thüringen schlechthin.
- Damit Auszubildende nicht in die Alten Bundesländer abwandern und sich die in Thüringen Bleibenden nach der Gesellenprüfung mit ihren europäischen Kollegen messen können, müssen hier die Voraussetzungen stimmen. Damit unsere Universitäten

in den internationalen Wettbewerb um die besten Studenten treten können, muss deren Attraktivität erhöht werden.

- Damit unser Nachwuchs nicht nur gut ausgebildet ist, sondern auch alle Chancen, die sich durch gute Bildung ergeben, wahrnehmen kann, wollen wir:
 - Umfassende Autonomie für Schulen.
 - Abschaffung der Schulämter in der jetzigen Form.
 - Verlängerung der Grundschulzeit auf sechs Jahre.
 - Aufnahmeprüfung für Gymnasien.
 - Stärkeres Gewicht auf Grundlagenfächer. Wer ein neues Schulfach fordert, muss zur Streichung eines bestehenden Faches bereit sein. Ende des diesbezüglichen Aktionismus im Schulbereich.
 - Eignungstest für Lehramtsstudenten vor Aufnahme des Studiums.
 - Im Universitätsbereich: Aufgrund knapper Ressourcen muss gebündelt werden. Der Ausbau gleicher Studienrichtungen an verschiedenen Universitäten ist zuvor auf Kosten und Wirksamkeit zu prüfen. Der Ausbau der vorhandenen Infrastruktur muss Vorrang vor Neugründungen haben.
 - Stärkere Differenzierung der Angebote einschließlich integrativer Formen.
 - Wissensvermittlung und Erziehung stellen eine Einheit dar und sind Aufgabe von Elternhaus und Schule gemeinsam.
 - Verstärkte Drittmittelwerbung bei der Wirtschaft für die Universitäten.
 - Spezialisierungen auf bestimmte Fachbereiche bewirkt viel für den Forschungsstandort Thüringen Das Beispiel der Biotechnik in Jena zeigt dies deutlich.
 - Die Förderung von wirtschaftsnahen Forschungsbereichen bieten immense Möglichkeiten, einen Wettbewerbsvorsprung Thüringens vor den Regionen Europas zu erhalten. Die Synergieeffekte zwischen Bildung, Forschung und Wirtschaft muss daher verbessert werden.

→ Der Bildungs-, Forschungs- und Wissenschaftssektor bietet Thüringen die Möglichkeit, ein Sprungbrett für die Betriebe darzustellen, die ihr Gewerbe in den Beitrittsstaaten verlegen werden. Wer von West nach Ost geht, muss ein Standbein in Thüringen haben. Dies muss Thüringen nutzen. Schnelle aber intensive und fundierte Ausbildung sowie Spezialförderung legen für die Zukunft Thüringens in Europa einen Grundstein.

o Zukunft in Thüringen

- *Ja für ein familienfreundliches und soziales Thüringen.*
 - Familie ist dort, wo Kinder sind. Kinderlärm ist Zukunftsmusik. Das kleinste soziale Netz ist die Familie. Gleichzeitig ist es das bedeutendste und steht deshalb unter besonderem Schutz. Die demographische Entwicklung fordert aber verstärkte Konzentration auf Familienpolitik. Daher:
 - o Anerkennung der Erziehungsleistungen von Eltern bei der sozialen Sicherung. Bei der Bemessung von Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung sind die Anzahl der Kinder zu berücksichtigen.
 - o Bereitstellung von Kinder- und Jugendbetreuung.
 - o Ausbau der Angebote für Ganztagschulen.
 - Soziale Absicherung ist Selbstbestimmung. Wer sozial abgesichert ist, kann sich freier entfalten. Damit steht aber auch die Pflicht, für die eigene Absicherung einzustehen. Liberale Sozialpolitik schafft Voraussetzungen dafür, dass jeder eine faire Chance erhält.

- Die FDP lehnt Rentenkürzung ab, soweit die Gruppe der Rentner die einzige ist, deren Sozialleistungen gekürzt werden. Die Gesellschaft steht in der Pflicht, diejenigen zu unterstützen, die mit ihren Aufbauleistungen einen entscheidenden Beitrag geleistet haben. Rentner sind nicht mehr in der Lage, Altersvorsorge zu betreiben. Sie dürfen die Lasten einer verfehlten Politik tragen. Rentenkürzungen sind nur dann in Erwägung zu ziehen, wenn ein Gesamtkonzept zur Zukunft der Sozialpolitik dies deutlich macht, wenn also die Rentner neben anderen Gruppen bei Zuwendungen Abstriche machen müssen.
- *Ja für ein sicheres und freies Thüringen.*
 - Sicherheitspolitik schützt die Freiheit der Menschen. Für freie Entfaltung ist Sicherheit eine Grundvoraussetzung. Sicherheit selbst darf aber die Freiheit nicht weiter einschränken, als unbedingt nötig. Deshalb:
 - Polizisten gehören auf die Straße und nicht hinter die Schreibmaschine.
 - Videoüberwachung öffentlicher Plätze wird abgelehnt.
 - Grundsätzlich ist verstärkte Polizeipräsenz die beste Prävention. Zu- und Hintergrundarbeiten (wie Schreibtätigkeiten oder Berichtsfassung) dürfen die Erfüllung der eigentlichen Polizeiarbeit nicht behindern und müssen deshalb mit alternativen Mitteln bewältigt werden.
 - Der Einsatz der Bundeswehr im Inneren wird generell abgelehnt.
 - Opferschutz geht vor Täterschutz. Deshalb sind Straftaten schnell zu ahnden.
 - Konsequente Ausschöpfung der vorhandenen Strafmaße vor Erlass neuer Gesetze.
 - Täter-Opfer-Ausgleich besonders im Jugendbereich.
- *Ja für die Kommunen.*
 - Unter den zahlreichen Verlierern der letzten Jahre stehen die Kommunen ganz vorn. Ihnen wurden Aufgaben auferlegt, ohne Entlastung dafür zu geben. Deshalb:
 - Konjunkturunabhängige Einnahmen.
 - Subsidiäre Aufgabenerfüllung und Sicherung der Konnexität
 - Kosten-Leistungsrechnung für die Verwaltung
 - Prüfung der Privatisierung von nicht hoheitlichen Aufgaben.
 - Stärkung der interkommunalen Zusammenarbeit zur Sicherung freiwilliger Aufgabenbereiche
 - Stärkung von Vereinen und ehrenamtlichen Tätigkeiten.
 - Stärkere Einbindung der Bürger in die Entscheidungen.
- *Ja für Transparenz bei Staatseinnahmen*
 - Die Einnahmen des Staates gehen in Kassen, die keiner mehr überblicken kann. Das Steuersystem ist nicht mehr verständlich. Deshalb:
 - Genaue Definierung der Staatsaufgaben. Der Staat muss deutlich machen, für welche Aufgaben Geld benötigt wird. Welche Aufgaben will bzw. muss der Staat im Rahmen der Daseinsfürsorge erbringen? Welche hoheitlichen Aufgaben und Dienstleistungen hat er mit welcher Behörden- und Personalstruktur zu erbringen? Wie werden diese umgesetzt? Diese Fragen müssen beantwortet werden, um die Staatsaufgaben und –ausgaben zu begründen.
 - Systematische Budgetierung im hoheitlichen Bereich.
 - Herstellung von Haushaltstransparenz.

- Herstellung von Sachzusammenhängen in den Fachministerien (Ressortzuschnitt).
- Konsequente (auch strafrechtliche) Verfolgung unnötiger/überteuerter Ausgaben.
- *Ja für Thüringer Landschaft und Umwelt*
 - Thüringens Landschaft ist wesentliche Grundlage für den Ruf des Landes außerhalb seiner Grenzen. Es ist eine Zukunftsinvestition, diese zu erhalten und ihre Gestaltung zu fördern. Deshalb:
 - Nutzung von Altstandorten bei Industrieansiedlung.
 - Ausbau der Infrastruktur unterstützt die Senkung des Kraftstoffverbrauches.
 - Die „Verspargelung“ der Landschaft durch Windräder steht in keinem Verhältnis mit deren Effizienz. Deren Einsatz stellt einen immensen Eingriff in die Natur in unmittelbarer Nähe dar. Der weitere Ausbau von Windkraftstandorten wird abgelehnt.
 - Auengebiete dürfen nicht als Bauland zur Verfügung stehen. Deren landwirtschaftliche Nutzung auf Eigenrisiko steht nichts entgegen.
 - Verknüpfung von Landwirtschaft mit Tourismus und Kulturlandpflege.
- *Ja für Thüringer Tradition*
 - Thüringens Kultur prägt den Freistaat maßgeblich. Kein anderes Bundesland steht derart exemplarisch für nahezu alle Kunstepochen der Neuzeit wie Thüringen. Auf seiner Tradition in Kunst, Musik und Literatur beruht sein heutiges Image als Kulturland. Es ist Aufgabe des Freistaates, dieses zu halten und zu mehren.

- Personalkonzept.

- Der Landesvorstand hat entschieden, einen Spitzenkandidaten zu nominieren wird und ein Personalkonzept vorstellt. Hierbei hat der Landesvorstand für Listenplatz 1 einen Vorschlag gemacht. Weitere Listenvorschläge wurden nicht gegeben. Der Kandidat für Platz 1 wird von einem Team unterstützt, das ihm in unterschiedlichen Fachbereichen zur Seite steht.
- Als Spitzenkandidat wird vom Landesvorstand Uwe Barth nominiert. Er wird ebenfalls für den Landesvorsitz kandidieren, damit Spitzenkandidat und Landesvorsitzender in einer Person vereinigt sind. Der Landesvorsitzende Dr. Karlheinz Guttmacher legt deshalb einen Tag vor der Wahl sein Amt nieder. Dies entspricht dem Parteitag in Hirschberg angekündigten Weg.
- Das Team für den Spitzenkandidaten lautet nach Entscheidung des Landesvorstandes samt Funktionen:
 - Europa Volker Weber
 - Programm Dr. Horst Gerber
 - Kampagne Percy Wesselly
 - Finanzen Wolfgang Graichen
- Für diese Fachbereiche werden Arbeitsgruppen gebildet, die von den o.g. geleitet werden. Eine Arbeitsgruppe ‚Strategie‘ leitet der Spitzenkandidat. Eine Arbeitsgruppe ‚Kommunales‘ wird ebenfalls aufgebaut.
- Die jeweiligen Leiter berufen weitere Mitarbeiter in die Arbeitsgruppen .

- Terminleiste

- Der Landesvorstand hat eine Terminleiste besprochen, die bis zum Parteitag bearbeitet sein muss. Diese lautet:
 - 06.10.: Sitzung des Landesvorstandes

- Besprechung zum Stand und Erweiterung der Vorbereitungen zum Wahlkampfkonzept
- In der Woche vom 6. – 10.10.:
 - Tagung der Arbeitsgruppen Kampagnen und Programmatik
- 27.10.: Veranstaltung/Kampagne
 - Bundesvize Pinkwart in Eisenach / Beginn der Kampagne Liberale Kommunalwoche (bis 1.11.)
- 10.11.: Sitzung des Landesvorstandes
 - Bericht der Arbeitsgruppenleiter
 - Auswertung der Kampagnenbesprechung mit der Bundesgeschäftsstelle
 - Vorstellung des strategischen Konzeptes der Strategiekommision
 - Besprechung zum Stand und Erweiterung der Vorbereitungen zum Wahlkampfkonzept
- 20.10.: Sitzung des Landesvorstandes
 - Bericht der Arbeitsgruppenleiter.
 - Rahmenprogramm der programmatischen Forderungen durch Programmkommission
 - Besprechung zum Stand und Erweiterung der Vorbereitungen zum Wahlkampfkonzept
- 10.11.: Sitzung des Landesvorstandes.
 - Vorbereitung Parteitag
 - Bericht der Kampagnenkommission zum Stand der Kampagnen
 - Besprechung zum Stand und Erweiterung der Vorbereitungen zum Wahlkampfkonzept
 - Erstellung der Terminleiste bis März
- Ohne genaue Terminierung sind geplant:
 - Gemeinsame Sitzung mit dem Landesvorstand LV Hessen
 - Regionalkonferenzen mit den Kreisverbänden

- Hinweis:

- Die vorgelegten Ergebnisse sind als Eckpunktpapier des Landesvorstandes zu verstehen.
 - Weitere Ergebnisse der Klausurtagung werden zu gegebener Zeit veröffentlicht.
-